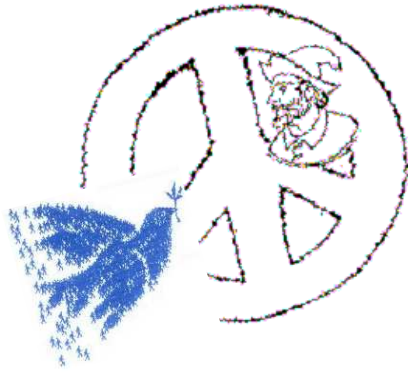


Antikriegstag 2013



Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie eine Wolke den Regen

Jean Jaures

1. September 2013

Am 1. September 1939 entfachte das Naziregime mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Mehr als 50 Millionen Menschen bezahlten die Weltherrschaftspläne des deutschen Faschismus mit ihrem Leben, sie brachten unsagbares Leid über die Überlebenden. Nach der Befreiung 1945 schworen sich deshalb Viele.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Zur Erinnerung an diesen Schwur wird seitdem am 1. September der Antikriegstag oder der Weltfriedenstag begangen.

Gegen Kriegseinsätze

Deutschland ist wieder Kriegspartei. Bundeswehrtruppen agieren in aller Welt: 1999 mit der Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien, in Afghanistan seit 2002, im Kosovo, bei der „Piratenjagd“ am Horn von Afrika, mit dem Einsatz von Ausbildern in Mali und der Stationierung von deutschen Patriot-Raketen in der Türkei an der Grenze zu Syrien. Man ist dabei, wenn es – gemeinsam mit den USA und den anderen NATO-Partnern – darum geht, „unbotmäßige“ Staaten und politische Kräfte an die Kandare zu nehmen. Man ist dabei, um den deutschen Konzernen den Zugang zu Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften zu sichern. Im deutschen Bundestag sehen nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch SPD

und Bündnis 90/Die Grünen Krieg wieder als normales Mittel der Politik. Militärinterventionen und Bundeswehreinsätze in aller Welt und die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft werden nicht hinterfragt. Gegen die Auf- und Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee, die weltweit agieren kann, wie auch gegen den Bundeswehreinsatz im Inneren regte und regt sich aus den Reihen dieser Parteien kein – oder nur sehr leiser – Widerstand. Immer neue Steuermittel werden für die Rüstung und Rüstungsproduktion bereitgestellt. Lediglich die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ hat bisher grundsätzliche Gegenpositionen zu Rüstung und Kriegseinsätzen bezogen. Die DKP fordert ge-

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

meinsam mit anderen Kräften der Friedensbewegung:

Es muss Schluss sein mit der grundgesetzwidrigen Politik des weltweiten Einsatzes der Bundeswehr zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals!
Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen Konfliktgebieten!
Schluss mit dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, keine Drohnen für die Bundeswehr! Kampfdrohnen weltweit ächten und verbieten!

Wir fordern,
das sofortige Verbot deutscher Waffenexporte und die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion.
Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten!
Weltweite Ächtung und Verbot von Kampfdrohnen!
Wir fordern,
den Austritt Deutschlands aus der NATO und allen EU-Militärstrukturen.
Sofortiger Abzug der US-Atomwaffen auf deutschem Boden! Atomwaffen abschaffen!

**EINE KLASSE FÜR SICH:
F 125 Baden-Württemberg-Klasse
Baukosten pro Stück 650 Mio €**

**AUCH KLASSE:
Kindergarten in Freiburg
Baukosten 1,3 Mio €**

Quelle:
Rüstungsatlas Baden-Württemberg



Fregatte

← **KiTa - man könnte 500 Kindertagesstätten statt einer Fregatte bauen**



Bild:UHU 04/2010 Berufsschule HDH

Bundeswehr raus aus den Schulen

Immer mehr Jugendliche landen nach der Schule auf der Straße oder in verschiedenen Warteschleifen, zum Beispiel in unbezahlten Praktika oder billigen Bildungsmaßnahmen, weil sie keinen Ausbildungsplatz finden. Im vergangenen Jahr waren das bundesweit mehr als 380 000 Jugendliche, die mangels Lehrstelle in eine derartige Alternative geflüchtet sind. Wer doch einen Ausbildungsplatz ergattert, wird in der Regel nach der Ausbildung nicht übernommen und muss sich erwerbslos melden. In dieser Situation macht sich die Bundeswehr in

Schulen, Arbeitsämtern und Universitäten breit. Sie wirbt für die Truppe als Arbeitgeber, um Kanonenfutter für Kriegseinsätze zu rekrutieren. Gemeinsam mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) fordert die DKP ein Ausbildungsplatzgesetz und Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze! Bundeswehr raus aus Schulen, Universitäten und Jobcentern.

www.sdaj-netz.de



Kampfdrohnen ächten!

US-Killerdrohnen haben allein in Pakistan bislang mindestens 3 200 Menschen getötet. Vorgesehen sind von der Bundesregierung aber auch „ressortübergreifende“ Drohneneinsätze, d. h. nichts anderes als die Nutzung der Überwachungstechnologie von Spionagedrohnen durch BND und Polizei, beispielsweise bei Protestaktionen wie 2007 in Rostock/Heiligendamm. Ein Verbot und die internationale Ächtung von Kampfdrohnen ist dringend geboten. Gegen den Einsatz von Überwachungsdrohnen im Inneren muss der Widerstand verstärkt werden!

